

Bezugspreis 350 Mark. Die Halle...  
Hauptredaktion: Leipzig, Hauptstraße 10.  
Verlag: C. Neumann, Neudamm 11.

Angelagerter...  
Hauptredaktion: Leipzig, Hauptstraße 10.  
Verlag: C. Neumann, Neudamm 11.

# Leipziger Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 3. — Jahrg. 192. Halle a. S., Dienstag 3. Januar 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 57. Berliner Bureau: Berlin SW., Friedrichstr. 3.

## Deutsches Reich.

\* Der Kaiser, welcher stark erkältet ist, befindet sich auf dem Wege zur Heilung. Se Majestät ist febril und konnte bereits gestern Nachmittag das Bett verlassen.

\* Eine in Köln erscheinende Wochenchrift veröffentlicht angeblich Geheime des Fürsten Bismarck mit Verlässlichkeit, deren Gehalt hauptsächlich besteht aus den neuesten Abschlüssen der Verhandlungen des Reichstages über die Verhältnisse in Ostpreußen und ihrer Abwicklung auf dem Dreibund. Der Inhalt der Geheime stimmt in wesentlichen Zügen nicht mit den sonst bekannt gewordenen Ansichten des Fürsten Bismarck überein, jedoch ein Zweifel an ihrer Authentizität besteht. Die Konsequenzen einer authentischen Veröffentlichung der ostpreussischen Verhältnisse sind in folgender Weise dargestellt:

„Als ich das Bündnis mit Ostpreußen schloß, war ich keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß wir mehr, als gebührt, das empfangende Teil sein, und daß dieses Verhältnis in Zukunft sich noch verschlechtern werde. Ostpreußen ist ein Großstaat mehr und wird es nie wieder werden. Je mehr man in Ostpreußen den Götzen gewährt, desto mehr verfallen sie; je mehr sie verlangen, desto mehr gibt man ihnen. Aus diesem circulus vitiosus kommt Ostpreußen nicht mehr heraus, und das Laotische System war, wenigstens für einen Mann, der nicht die Kraft in sich hätte, die Verantwortlichkeit einer Atom an Haupt und Gliedern auf sich zu nehmen, das Platitische. Jetzt hat die Fäulnis sich so tief eingesenkt, daß eine Prüfung kaum noch möglich erscheint. Die Säuren werden schließlich einmal die ostpreussische Regierung zwingen, sich zu kompromittieren, daß wir nicht mehr mit ihr gehen können. Wir werden uns davon müssen: Einmal so, falls das an ein adäquates Entschädigungsgeld, das wir nicht mehr zu zahlen imstande sind, abgeben können, oder einmal so, wenn die ostpreussische Regierung nicht in der Lage ist, die Verantwortung zu übernehmen, was es noch möglich, den Ausgleich zu leisten. Aber sie ist es schon jetzt nicht mehr, die Fäulnis beginnt auch hier zu ergreifen. Es ist jammervoll daran, denn die ostpreussische Regierung hat ein vollständiges Material. Aber wenn die Welt in die Hände des Feindes bricht, so ist es verloren. Ostpreußen wird allmählich aus dem Leben verschwinden, und ich will nur hoffen, daß meine Nachfolger dies bei Zeiten erkennen und für Ersatz sorgen.“

Bei einer anderen Gelegenheit soll Fürst Bismarck sich wie folgt geäußert haben:

„Der bismarckische Staat, den jemals ein ostpreussischer Minister machen konnte, wäre der Staat des Bündnisses mit uns herbeizuführen. Denn uns stehen jederzeit andere Bahnen offen. Ostpreußen war auch, allein wenn irgend eine europäische Großmacht die Wahl zwischen uns und Ostpreußen hat, so wird sie von der Person gehen, nicht allein, weil wir im Besitz eines größeren Reiches in die Waagschale werfen können, sondern auch, weil wir nach außen hin stets ein geschlossenes Ganzes bilden, was bei der ostpreussisch-ungarischen Monarchie keinmal so und der Fall ist, oder eben nur scheinbar.“

\* Nun ist auch die französische Ausgabe der Memoiren Bismarcks von Louis Fischer erschienen. „Les Mémoires de Bismarck“, herausgegeben von Louis Fischer, in London bei Macmillan erschienene englische Ausgabe nicht vollständig wiedergebend, sondern alle Stellen des schmerzlichen Buches wegließt, die für französische Leser unangenehm wirken konnten.

\* Dem vortragenden Rath im Auswärtigen Amt, Wilhelm Schöner, wurde der Rath des Reichstages in die Waagschale werfen, indem er dem Reichstag „Geheim“ mitteilen wollte.

\* Zur Vereinbarung der Antianarchistenkonferenz wird der „Sta-Bl.“ aus Rom berichtet:

„Laut, daß die Eröffnungs der Antianarchistenkonferenz nicht ausreichen werden, um solche Maßnahmen zur Zusammenkunft sämtlicher Mächte durchzuführen, deren Ermöglichung man von der Konferenz erwartete, wenn es wohl seine Wichtigkeit haben. Dennoch wird man das, was durch die Konferenz erreicht werden, nicht unterlassen dürfen. Ein öffentliches Uebereinkommen ist bereits, das England und die Schweiz unter Berufung auf die für sie geltenden Gesetze auf jene Vorläufe einzugehen sich weigerten, deren Annahme ihre Verantwortlichkeit gewesen wäre, um den antianarchistischen Forderungen auch durch Erfüllung und ihre Pläne vorzubereiten können, wo sie unter dem Zeichen der politischen Verbrechensherrschaft eine Zukunftsfähigkeit haben. Wenn nun gleich die Wichtigkeit auf die heimliche Gelegenheit für den einen oder den anderen Staat ein Hindernis bilden sollte, so muss ein internationaler Vereinigung, bestehend die Vereinigung und Befähigung des antianarchistischen Verbrechensherrschaften, so werden doch die Zweifel an dem Zustandekommen einer Vereinbarung überhaupt an unterliegenden Stellen als nicht berechtigt bezeichnet. Man wird kaum feil gehen, wenn man die Ergebnisse der Konferenz als solche auftritt, die sich der ernstlichen Schmeichelei zu einem Vereinigungsgesetz an den der Konferenz beistehenden gemeinsamen Mächten führen werden, so zwar, daß aus die für diejenigen Mächte, die ihr Beitreten, auch die bindende Verpflichtung des Internationalen vereinigen werden wird. Damit ist schon ein gewisses Uebereinkommen, das die Staaten, deren besondere Gesetze ihren Ansprüchen ein ein großes internationales Uebereinkommen im Wege stehen, diese abändern werden, man vornehmlich nicht zu rechnen.“

\* Der Bundesrath wird seine Arbeiten Ende dieser Woche wieder aufnehmen, während der Reichstag erst am 10. Januar seine Verhandlungspause beendet. Vorausschichtlich wird dann dem Bundesrath bereits das Reichsausschuss vortragen, das nunmehr vom Staatsministerium genehmigt ist. Der

Entwurf entspricht der kaiserlichen Bestimmung, auf alle berechtigten Anforderungen der deutschen Landwirtschaft, jedoch nicht nach dem Ausführenden-Bestimmungen des Bundesrathes abhingen, dem weitgehende Vollmachten eingeräumt sind. Die lex Heinze, die dem Bundesrath bereits vorliegt, enthält ebenso wenig wie die letzte Regierungsvorlage den Arbeitsgeber-Paragrafen, auch sind die Bestimmungen über Punkt und Literatur weniger einschneidend als in dem Central-Entwurf, kommen demselben aber weiter entgegen, als es in der früheren Vorlage der Fall war. Dem Synopsen-Entwurf zufolge wird auf Wunsch der süddeutschen Staaten die Bestimmung eingeführt, Hypotheken auf Baugründen bis zu gewissen Grenzen als Unterlage für Pfandbriefe zuzulassen, jedoch daß der Bundesrath darüber noch seinen Beschluß gefaßt.

\* In Berliner politischen Kreisen rednet man mit Bestimmtheit darauf, daß das bayerische Ministerium in der nächsten Zeit in der Kammer großen Schwierigkeiten begehen werde. Man interessiert sich in Berlin deshalb besonders dafür, weil, wenn der Prinz-Bischof sich voranstellen sollte, zur Neubildung des Reichstages zu streiten, in erster Linie die Person des langjährigen bayerischen Staatsrathen in Berlin, des Grafen Lerchenfeld, in Betracht käme, um das Ministerium zu rekonstruieren. — So meinet die „B. Z.“, welche freilich in der letzten Zeit wiederholt dazwischen geschritten hat.

\* Der Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten um Klärung darüber ersucht, an welchen Orten und in welcher Weise in den einzelnen Regierungsbezirken Polizeiwachen auf den Bahnhöfen eingerichtet sind und ob ein Bedürfnis vorliegt, die Einrichtung auf weitere Bahnhöfe ausdehnen.

\* Um den bethätigten Kreisen die Einsicht der deutschen Patent-schriften zu erleichtern, sind innerhalb des Deutschen Reichs an Orten, die als Mittelpunkt größerer gewerblicher Betriebe angesehen sind, oder den ein allgemeines gewerbliches oder wissenschaftliches Leben bilden, Patent-schriften-Ausstellungen eingerichtet worden, denen vom Reichlichen Patentamt die Patent-schriften entweder aus sämtlichen Anlagen oder aus denjenigen Anlagen fortlaufend überwiesen werden, die für die deutschen Bedürfnisse hauptsächlich in Betracht kommen. Die Ausstellungen sind vorläufig als bestimmte, öffentlich bekannt zu machende Tagen und zu bestimmten Tageszeiten die Ausstellungen offen zu halten und Jedermann die Einsicht der Patent-schriften unentgeltlich unter Umständen auch außerhalb der Ausstellungen zu gestatten.

\* Die Ermittlung des Erntevertrages für das vergangene Jahr 1898 findet diesmal in der Zeit vom 1. bis 10. Februar des neuen Jahres statt und zwar, wie bisher, in der Weise, daß bei sämtlichen Landwirthen über die in dem Ermittlungsjahre von ihnen wirklich geerntete Menge an Hohen-erzeugnissen direkte Anfrage gerichtet wird. Bei der Wichtigkeit der Ermittlung werden die bethätigten Kreise von der Regierung dringend ersucht, zur Beschaffung der erforderlichen statistischen Daten bereitwillig allerseits mit beizutragen und auch die etwa zu bildenden Schätzungskommissionen zu unterstützen.

\* Wie die dem Reichstage zugegangene Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalten auf das Jahr 1897 ergibt, sind in diesem Jahre rund 543 Mill. M., und zwar an Invalidenrenten 20,5 und an Altersrenten 27,8 Mill. M. gezahlt worden. Das Jahr 1897 hätte das letzte gewesen sein, in welchem die Summe der Altersrenten die der Invalidenrenten übersteigen hat. Beitragsersparnisse sind in Höhe von 3,3 Millionen Mark, darunter 2,4 Millionen an weibliche Versicherte, welche eine Einnahme erzielten. Die Einnahme aus Beiträgen hat sich auch im Berichtsjahre, und zwar gegen 1896 um etwa 2,4 Millionen, erhöht.

\* In dem neuesten Heft von Professor Conrad herausgegebenen Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik ist eine wissenschaftliche Kritik aus der Feder des langjährigen Mitarbeiter und eines der ersten Kenner der internationalen Handelsstatistik und Handelspolitik, Professor M. Diekmann über die Schriften der sogenannten Central-Stelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, einer im Capitel der Handelspolitik, gehaltenen Gesellschaft von Geographen, erschienen, die auf den Verfasser der letzten, Dr. Robert Hefow, die interessantesten Schlaglichter wirft. Es werden ihm in dem Artikel eine große Anzahl der größten Unrichtigkeiten und seine Ausführungen als durchaus richtig und vollständig nachgewiesen. Nach dieser Kritik eines in diesem Tage so anerkannten Gelehrten dürfte der Herr Direktor der Centralstelle wohl als wissenschaftlich abgethan zu betrachten sein.

\* Verdrängung der Anhebungscommission. Die demokratisch-ultramontane „Klein. Volkzeitung“ hat jüngst von angeblichen „Geldschaffern“ berichtet, wonach deutsche Weigerer ein geheimes Kartell geschlossen hätten, um auf Kosten der Anhebungscommission gute Geschäfte zu machen. Sie hätten Güter in der Nähe von Anhebungsstellen oder sonst vortheilhaft gelegener Gegenden erstanden und durch ausgeprengte Gerüchte, wonach das Gut in polnische Hände übergehen werde, die Anhebungscommission zum An-

kauf zu hohen Preisen veranlaßt. Das „Klein. Volk.“ weist demgegenüber darauf hin, daß das ultramontane Blatt hierbei aus reinlicher Quelle geschöpft hat, und bemerkt weiter:

„Was die „Klein. Volk.“ den Herrn (Herrn Gewerksmann) nicht zu wissen, die Namen der Weigerer zu nennen, die auf solche Weise der Anhebungscommission angethan worden sein sollen? Wir verfolgen deren Schritte sehr genau, können uns aber keines einzigen Namens erinnern, in welchem die Kommission aus deutscher Hand ein Gut gekauft hätte, welches der oder die Weigerer einzeln oder überhaupt erworben. Die ganze Geschichte der „Klein. Volk.“ ist nicht als eine abgegebene Verdrängung der Anhebungscommission, sondern als eine Verdrängung der Anhebungscommission, der deutschen Presse des Ostens und (vorzüglich) der westlichen nicht genannter deutscher Weigerer. Im Uebrigen wird der demnach dem Landtage zu erhaltende Geschäftsbericht der Anhebungscommission über die Jahre des letzten Jahres wohl ein anderes Licht verbreiten, als die trübe Laternen der „Klein. Volk.“.

Hierzu wird der „Zf. Bl.“, nach weiter gefolgt: „Man kann im Gegenbild der Anhebungscommission den Vorwurf nicht erheben, daß sie bei hohen Angeboten von vornherein eine Erwerbung ablehnt.“ So ist, um einen Fall herauszugreifen, das Rittergut Kankowitz aus dem Reich der Anhebungscommission wegzugehen, was die Anhebungscommission weniger hat, als ein polnischer Magnat. Und aus demselben Grunde wäre ein zweites Rittergut in derselben Gegend (Alumines) von Polen erworben worden, so daß die Anhebungsstellen von Larnow, Pöckow und Gora polnische Güter hätten aufweisen müssen. Es ist doch wohl natürlich, daß die Unterstützung so vieler Güter in der Provinz die Forderung des Reichstages, das polnische Land, soweit sie irgend können, hohe Kaufpreise zahlen, wenn sie dadurch in deutschen Gemeinden zurückfallen können. Der Reichstagsbericht der „Klein. Volk.“ ist zu demselben Zweck, daß er die Dinge im Osten unter Gesichtspunkten beurtheilt, welche die deutschen Reichthümer nicht brühen. Das ist ein von deutsch-patriotischer Seite aufgelegter Neidstachel, den doch ein jeder, der die Artikel der „Klein. Volk.“, „Germania“ u. s. w. nicht als von einem Deutschen geschriebene Arbeiten betrachtet können.“

\* Das „Klein. Volk.“ fährt mit seinen Forderungen über angebliche Ausweisungen von Deutschen aus Rußland unerbittlich fort, wiewohl seine Mittheilungen stets prompte Demeritis erfahren. Auch heute meldet wieder eine Privatdepesche der „Magb. Ztg.“: Die Bemühungen, aus der Ausweisungspolitik Differenzen zwischen Deutschland und Rußland herbeizuführen, sind ohne Erfolg geblieben. An unterrichteter Stelle ist nichts von Vorstellungen der russischen Regierung bekannt; man weiß auch nicht, worauf sich diese stützen sollten. Die Abweisung von der Ausweisung von etwa 30 russischen Arbeitern durch eine Berliner Garnatenabteilung scheint gleichfalls völlig unbegründet zu sein, da auch von dieser Maßnahme bisher an unterrichteter Stelle keine Kenntnis steht.

\* Der Bericht des Majors Bentwin über seinen Zug nach dem Süden von Deutsch-Südwestafrika ist nunmehr in Berlin eingetroffen.

Donach ist der Huez dieser Expedition erreicht und der Frieden in diesem Theile des Schutzgebietes wieder hergestellt worden. Die beiden südlichen Kapitäne sind vor ein Gericht der nächstgelegenen übrigen Kapitäne des Namalandes gestellt und von diesem zur Ertragung der Kosten der Expedition zu gleichen Theilen, der Kapitän von Vethanen ausgedem zur Abtragung eines Theils des Landes verurtheilt worden. Die Größe des Letzteren sollte der Gouverneur in Berlin mit den vier nächst jüngsten Kapitänen bestimmen. Angefaßt der nunmehr ganz veränderten Sachlage hat Major Bentwin seine ursprüngliche Absicht, von Rantmannsdorf nach Warmbad zu marchieren, aufgegeben und wollte daher mit der Truppe direkt nach Vethanen gehen. Nach Erledigung der dortigen Angelegenheiten, zu welchen auch die Einbringung der Station gehört, wollte er über Großfontain und Namdits nach Windhoek zurückkehren.

\* Errichtung Afrika. Ueber eine neue Vertheilung von deutscher Seite an wichtigen internationalen Unternehmungen sind, wie der „Klein. Volk.“ geschrieben hat, neuerdings Unterhandlungen gepflogen worden, und zwar im Anblich an die vor kurzem erfolgte Bildung der Südbahnen-Gesellschaft. Dem Vernehmen nach ist die Errichtung einer Bahn mit 30 Mill. Mark Kapital beabsichtigt und der Bau von Eisenbahnen im Kongoboden soll in Angriff genommen werden. Hauptächlich wird der Bau einer Eisenbahn von Ubangi-Uello nach Nedaf am Nil genannt. Der gute Erfolg, den die Belgier mit ihrer Kongobahn erzielt haben, hat verlockende Prospektive zu Tage gefördert; mit dem Bau einer Bahn von Tanganyika zum Quabala stellt sich ein der Fortbewegung herum schon von Tabora aus den Anfang gemacht werden; von besonderer Bedeutung für den Verkehr nach nördlichen nach dem mittlern und centralen Afrika würde die Linie von Kongoboden nach dem oberen Nil werden; denn dadurch würde der Nil die unmittelbare und bequemste Zufahrtstraße in dem Osten des Kongoboden werden. Durch die Schiffahrt auf dem Nil und mit den von den Engländern an den nicht fahrbaren Strecken gebauten Eisenbahnen kann man in unglücklich kurzer Zeit bis in das Herz Afrikas gelangen, und zwar unter bisher unbekanntem Bequemlichkeits. Der Major Waranda.





